

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserationspreis
10 Pf. pro dreizehnpakter
Corpuszeile.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 83.

Freitag, den 17. Oktober

1890.

Bekanntmachung,

den Bezug der Landesregister und Formulare für die Landesämter betreffend.

Damit die Bestellung und Lieferung der für das Jahr 1891 auf Staatskosten zu beschaffenden Landesregister und sonstigen Formulare rechtzeitig erfolgen kann, werden die Herren Landesbeamten des hiesigen Bezirkes veranlaßt, ihren bezüglichen Bedarf

längstens bis zum 30. dieses Monats

anher anzuzeigen.

Meissen, am 14. Oktober 1890.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Bekanntmachung.

Auf Spechtshausener Forstrevier sollen die im Einzelnen in den Abtheilungen 2—11, 13—28, 31, 32, 35, 37—41 und 43—47 aufbereiteten **harten und weichen Auf- und Brennholz**, sowie die auf den Schlägen der Abtheilungen 16, 20, 21, 38 und 45 aufbereiteten **Wellenhunderte Reifig und Stöcke**

Mittwoch, den 22. Oktober d. J., Vormittags von 9 Uhr an
im Gasthose zu Spechtshausen

meistbietend versteigert werden, was mit dem Bemerkten bekannt gegeben wird, daß speciellere Angaben aus den in den Schanzstätten und bei den Ortsbehörden der umliegenden Ortschaften aushängenden Plakaten zu ersehen sind.

Königl. Forstrevierverwaltung Spechtshausen und Königl. Forstrentamt Charandt
am 11. Oktober 1890.

Tagesgeschichte.

Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge soll die Mc. Kinley-Bill für ungültig erklärt worden sein. Es ist das eine von den Nachrichten, welche lebhaft an das Sprichwort vom „läuten hören und nicht wissen, wo die Glocken hängen“ erinnern. Die Mc. Kinley-Bill kann nur durch Gesetz aufgehoben werden. Das würde die Zustimmung vom Senat und Repräsentantenhaus und die Unterschrift des Präsidenten voraussetzen. Der Kongreß tagt bekanntlich gegenwärtig nicht, also können auch keine neuen Gesetze gemacht werden. Wohl aber wäre es möglich, daß auf Grund bestehender Gesetze gegen das Inkrafttreten des neuen Zolltarifs Einspruch erhoben werden könnte. Und das soll in der That seitens einer ganzen Anzahl von Importeuren, man spricht von mehr als hundert, geschehen sein. Dieselben sollen nämlich ein altes Gesetz ausgegraben haben, welches bestimmt, daß das Inkrafttreten neuer Gesetze 30 Tage vorher bekannt gemacht werden müsse. Gegen dieses Gesetz wäre beim Inkrafttreten der Zollbill geklagt worden, und die Regierung der Vereinigten Staaten könnte deshalb zur Herauszahlung zu früh erhobener Zölle verurtheilt werden. Vorläufig muß darüber aber erst der zuständige Gerichtshof entscheiden. Die Gültigkeit der Mc. Kinley-Bill würde davon aber nicht abhängen, sondern nur das Inkrafttreten könnte etwas hinausgeschoben werden. Gegenwärtig ist das Gesetz in Kraft. Man sieht aus der Nachricht des „B. T.“, daß dessen Gelehrten nicht gerade an einem Uebermaß staatsrechtlicher Urtheile leiden, denn sonst hätten sie nicht bloß die Nachricht mit aller Reserve verbreitet, sondern dieselbe sofort als mit den staatsrechtlichen Verhältnissen in Widerspruch stehend erkannt.

Berlin. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen kaiserlichen Erlaß, mittelst dessen genehmigt wird, daß bei der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes als sachverständiger Beirath für koloniale Angelegenheiten ein Kolonialrath errichtet wird. Der Reichsanzeiger wird beauftragt, die hierzu erforderlichen Anordnungen zu treffen. Wie es heißt, wird Fürst zu Hohenlohe-Langenburg an die Spitze des Kolonialrathes gestellt werden. Missionsdirektor Fabri soll demselben als erster Sekretär beigegeben werden.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Uebersicht der Ernteergebnisse des Jahres 1890. Dieselbe bezeichnet das Ernteergebnis als ein verhältnismäßig noch immerhin günstiges, wenn schon der Monat Juli die Erwartungen mehrfach nicht erfüllte. Die Halmfrüchte lieferten durchweg einen reichen Strohertrag. Der Korbenertrag ist im Allgemeinen ein mittlerer. Der Roggen ist vielfach weniger befriedigend, der Ausfall werde jedoch durch ein besseres Ergebnis der übrigen Getreidearten, insbesondere des Hafers und der Gerste, einigermaßen ausgeglichen. Besonders wichtig wegen der Viehzucht ist der reichliche Ertrag der Futterkräuter und des Klers; das Ergebnis der Wiesen ist ebenfalls befriedigend. Die Berichte über die Kartoffelernte lauten fast allgemein günstig. Die Futterrüben lassen einen mittleren bis guten Ertrag erhoffen. Der Stand der Zuckerrüben ist meist befriedigend, der Zuckergehalt wird jedoch mehrfach geringer gemeldet gegenüber den Vorjahren. Hülsenfrüchte und Naps sind im Allgemeinen befriedigend.

Berlin. Am 16. d. M. werden die sterblichen Ueberreste kaiserl. Königs Friedrichs und seiner beiden Söhne, der Prinzen Joachim und Waldemar, aus der Sarkofage der

Friedenskirche, in der sie bisher beigesetzt waren, in das neu-erbauten Mausoleum überführt, der Sarg Kaiser Friedrichs in der Gruft, die Säрге der beiden Prinzen an Seiten des Altars beigesetzt werden. Dies wird im Beisein des Hausministers von Wedell-Piesdorf, des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Eulenburg und Oberhofmeisters Grafen Seckendorff in Vertretung Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich geschehen. Am 18. d. M., dem Geburtstag Kaiser Friedrichs, wird in der Gruftstätte eine Andacht abgehalten werden, der Ihre Majestäten der Kaiserin und die Kaiserin und Kaiserin Friedrich und nur die allernächsten Familienglieder ohne jede Umgebung betwohnen werden.

Die Nachrichten, welche über eine Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete zwischen Oesterreich und Deutschland verlaublich sind, finden eine günstige Aufnahme. Die Frage nach der Zukunft der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn hat auch den Budgetausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses beschäftigt, worüber der „Voss. Zig.“ folgende Meldung zugeht: In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses wurde an den Handelsminister Baroth eine Anfrage gerichtet, ob die Regierungen in Wien und Pest bereits einig über ihr Vorgehen auf handelspolitischem Gebiete seien. Baroth erwiderte, bezüglich der Erneuerung der Handelsverträge im nächsten Jahre fänden Verhandlungen statt. Was Ungarn angehe, so halte er unverändert an der Meinung fest, daß die Politik der Handelsverträge die beste sei, und gedente auch, dieselbe, so weit irgend möglich, zur Geltung zu bringen. Natürlich könne das nicht einseitig geschehen, sondern nur jenen Staaten gegenüber, die auch der Monarchie gegenüber den gleichen Standpunkt einnehmen. Daran knüpfte sich eine längere Erörterung. Mehrere Redner betonten, es sei äußerst wünschenswert, mit Deutschland in ein freundschaftliches Vertragsverhältnis zu treten. Als ein agrarischer Redner bemerkte, Ungarn könne nur dann gegen den Osten hin freihändlerisch sein, wenn es im Westen ebenfalls eine freihändlerische Politik annehme, wurde diese Ansicht von mehreren Seiten zurückgewiesen. Weil zum Beispiel zu Deutschland ein gutes Verhältnis unmöglich wäre, dürfe man nicht auch ein gutes Verhältnis zu der Türkei oder Italien aufgeben; im Gegentheil, wo immer Geneigtheit zu Handelsverträgen sei, müsse darauf von Ungarn eingegangen werden. Im Laufe der Debatte wurde mehrfach hervorgehoben, daß die schutzvöllerischen Bestrebungen Oesterreichs die freihändlerische Richtung Ungarns häufig hindern, durchzubringen. Der Ausschuß nahm schließlich zustimmend die Erklärung des Ministers zur Kenntnis. Nach einer späteren Meldung bemerkte noch Minister Baroth, daß gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika die ungarische Regierung geneigt sei, an jeder den volkswirtschaftlichen Interessen Ungarns entsprechenden Aktion theilzunehmen.

Die Sozialdemokraten haben am Montag ihren Parteitag in Halle begonnen, und da sich wahrscheinlich die Opposition gegen die bisherige Parteileitung bei dieser Zusammenkunft nochmals regen wird, so führt der Berliner Monitor der sozialdemokratischen Fraktion das Bedürfnis, die Grundsätze der „Alten“ darzulegen, um den Widerspruch der „Jungen“ von vornherein zu entkräften. Der anscheinend von Bebel verfaßte Artikel des „Berliner Volksblattes“ befaßt sich mit der Parteileitung der Sozialdemokratie und plaidirt für die Be-

behaltung der bisherigen Praxis. Es heißt darin: „Wir dürfen uns nicht ohne Weiteres damit zufrieden geben, daß die bisherige Politik so gute Erfolge erzielt habe, und daß deshalb eine Modifizierung absolut unnothig sei. Deshalb allein, weil sie bisher sich so gut bewährt, braucht die Politik der Partei noch nicht die zweckentsprechende für die kommende Zeit zu sein; wir haben vielmehr zu untersuchen, ob die Veränderungen, die sich in den Verhältnissen vollzogen, so bedeutende sind, um eine Veränderung in unserer Politik zu rechtfertigen bzw. zu erheischen, und eventuell, welche? Es ist schon mit Recht darauf hingewiesen worden, daß wenn auch das Sozialistengesetz gefallen ist, die Partei dennoch nach wie vor mit polizeilichen Schikanen und Verfolgungen zu rechnen haben wird. Es liegen dafür so deutliche Anzeichen vor, daß man wirklich blind sein muß, um dieselben übersehen zu können. Brauchen wir nun auch nicht zu fürchten, daß diese Verfolgungen unserer Partei den Garaus machen werden, so ist das jedoch keineswegs ein Grund, sie muthwillig zu provociren. . . . Weit entfernt, eine Einschränkung der parlamentarischen Thätigkeit der Partei zu rechtfertigen, erheischt die neue Situation — die größere Bewegungsfreiheit, wie das nunmehrige Wachsthum der Partei — vielmehr eine Erweiterung und Steigerung derselben. Unsere größere Macht legt uns größere Verpflichtungen auf, und wir dürfen uns denselben weder außerhalb noch innerhalb des Parlaments entziehen. Thäten wir das Letztere, so würde die große Masse unserer Wähler das Vertrauen in uns verlieren und sich nach anderen Parteien umsehen, die weniger radical aber auch weniger utopisch sind. Denn das eben kennzeichnet den utopischen Sozialismus, daß er über der Zukunft die Gegenwart vergißt.“ Es ist das Klügste, was die Sozialdemokratie thun kann, wenn sie nach Inhalt und Form gemäßig auftritt, denn nichts hat ihr so sehr geschadet, als ihre utopischen Begleittheorien und das politische Flegelthum, welches sich noch jetzt in ihrer Provinzpresse breit macht. Bebel berichtet über die Parteileitung, erklärte, die bisherige Politik beizubehalten, zumal die ausländischen Freunde in demselben Sinne arbeiten wollten, und kündigte den Kampf gegen den Ultramontanismus an, auch empfahl er die Gründung von Landarbeiterzeitungen, insbesondere auch eines polnischen Blattes.

Ein für die wirtschaftliche Zukunft der Balkanländer hochbedeutender Entschluß ist von der ottomanischen Regierung gefaßt worden, indem, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, die Konzession zum Bau einer Eisenbahnlinie Salonichi — Monastir an das deutsche Unternehmerrhindikat erteilt ist. Die unermüdbliche Kulturarbeit der Deutschen im Orient hat im Laufe der Jahre das natürliche Mißtrauen der dortigen Behörden wie Bevölkerung zu entwirren verstanden, und an seine Stelle die Erkenntnis gesetzt, daß das Deutschland, weit entfernt, sich auf illegitime Weise Einfluß zu verschaffen, im Gegentheil darauf bedacht nimmt, durch Erschließung der natürlichen Hilfsquellen des Landes die Basis dauernden wirtschaftlichen Gedeihens zu legen. Mit anderen Worten: die Deutschen wollen im Orient nicht wirtschaftlichen Raubbau treiben, sondern durch rationelle Maßregeln der bisherigen Jahrhunderte langen Stagnation und wirtschaftlichen Kräftevergeudung ein Ziel setzen. Der Bau von Eisenbahnen unter für beide Theile annehmbaren Bedingungen, ist es in erster Linie, welcher zur Ausführung gelangen muß, wenn man dem